

Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ (Nr. 78)

Letzte Aktualisierung Montag, 28. Mai 2018

Am 26. April.2018 traf sich die Volksinitiative „Rettet Brandenburg“;, eine Bürgergemeinschaft aus 120 Bürgerinitiativen in Brandenburg, anlässlich des zehnjährigen Jubiläums Ihres Bestehens in Potsdam.

Seit zehn Jahren weisen Bürger auf die ökonomischen und ökologischen Verwerfungen der Windkraft hin und fordern ein Moratorium des weiteren Windkraftausbaus.

Die Landesregierung ist bisher nicht auf die Grundforderungen „Keine Windkraftanlagen im Wald“ und „ höhenabhängige Abstände zur Wohnbebauung von 10 X die Höhe des Windrades “ eingegangen, obwohl diese Forderungen von 45.000 Bürgern in einem Volksbegehren gestützt wurden. Aktuell stehen in Brandenburg 3.743 Windkraftanlagen, und deren Zahl könnte sich mehr als verdoppeln.

In eier Strategieberatung wurde von den Bürgerinitiativen folgendes festgelegt:

- Das Thema „Windkraft“ muss in den Wahlkampf für die Landtagswahlen 2019

- Vorbereitung aufrüttelnder Aktionen und Demonstrationen

- Sachliche und fachliche Aufklärung der Wähler zum Thema Energiewende wird fortgesetzt.

- Stärkere Unterstützung von den Kreistagen und Landräten für den wirklichen Schutz unserer Umwelt einfordern.

Die Mitglieder der Volksinitiative sind Windkraftgegner, weil:

1. Windkraft nicht in der Lage ist, den Industriestandort Deutschland bezahlbar, versorgungssicher sowie natur und menschenvertäglich mit Energie zu versorgen,

2. Windkraft zur größten Natur-, Arten- und Landschaftszerstörung

beiträgt,

3. Windkraftanlagen durch Schallemissionen die Anwohner gesundheitlich belasten.

Waltraud Plarre, Sprecherin der Volksinitiative

Bernau schließt sich den Forderungen an

Auf Antrag der Linksfraktion des Bernauer Stadtparlaments soll nunmehr auch das Waldstück östlich der Autobahn, das zu den Bernauer Forsten gehört, als Erholungswald unter Schutz gestellt werden. Bisher wurden Wälder in Brandenburg nur „von Amts wegen“ zu Erholungswäldern erklärt. Mit der Vorlage soll zum ersten Mal auf Antrag einer Kommune ein Waldgebiet unter Schutz gestellt werden. Das ist laut Landeswaldgesetz durchaus möglich. Wenn dieser Antrag angenommen wird, wäre ein weiterer wichtiger Schritt getan, um den Liepnitzwald langfristig vor der Errichtung von Windrädern zu schützen.

OW Mai 2018